

Boss, Alfred

Book Review — Digitized Version

[Book Review of] Reforms of tax systems. Réformes des systèmes fiscaux. Proceedings of the 35th Congress of the International Institute of Public Finance, Detroit, 1981

Weltwirtschaftliches Archiv

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy (IfW)

Suggested Citation: Boss, Alfred (1983) : [Book Review of] Reforms of tax systems. Réformes des systèmes fiscaux. Proceedings of the 35th Congress of the International Institute of Public Finance, Detroit, 1981, Weltwirtschaftliches Archiv, ISSN 0043-2636, Mohr, Tübingen, Vol. 119, Iss. 4, pp. 786-790

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/3185>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Inflations- und Allokationsproblem aufzuspüren. Dies hätte es ihm und dem Leser erleichtert, Indexkoppelungen in ein Gesamtsystem zu integrieren, welcher Bauart dies auch immer gewesen wäre. Von Raffay begnügt sich damit, einige namhafte Ökonomen zu bestimmten Problemstellungen zu zitieren und dann mit Argumenten fortzufahren, die die genannten Autoren sicherlich so nicht gelten lassen würden.

Relativ instruktiv sind von Raffays Ausführungen zur wirtschaftlichen Lage in Brasilien, Finnland und Israel, wie sie sich vor und nach der Einführung von Indexklauseln in diesen Ländern darstellte. Es wird deutlich, daß insbesondere die Finanzmärkte von den Indexkoppelungen profitierten, war es doch nur so möglich, bei galoppierender Inflation die private Sparneigung aufrechtzuerhalten und langfristige Finanzkontrakte abzuschließen. Indes zeigen die Beispiele auch, daß die Indexierung zur Bremsung des Inflations tempos an sich nichts beiträgt; dafür bedarf es vor allem einer stabilitätsorientierten Geldpolitik. So gab es denn auch, worauf von Raffay hinweist, im Land-zu-Land-Vergleich, aber auch im Zeitablauf in jedem einzelnen Indexierungsland erhebliche Inflationsdifferenzen, die sich mit der jeweils betriebenen Geldpolitik in Zusammenhang bringen lassen. Auch zeigen die Beispiele, daß der Wille der wirtschaftspolitischen Instanzen zur Inflationsbekämpfung mit der Indexierung keineswegs zwangsläufig erlischt.

Gleichwohl kommt von Raffay in seinem Resümee zu dem Schluß, daß die Nachteile von Indexkoppelungen wohl größer sind als ihre Vorteile. Diesem Urteil liegt meines Erachtens jedoch eine fahrlässig unzureichende Analyse zugrunde. Zum einen werden der Indexierung negative Wirkungen angelastet, die letztlich jedoch auf eine inflationsträchtig konzipierte Geld- und Finanzpolitik zurückzuführen sind. Zum anderen verharmlost von Raffay die vielfältigen Fehlallokationen, die ursächlich mit der Inflation im traditionellen Nominalwertsystem zusammenhängen. Insgesamt wiederholt der Autor in seiner Arbeit nur die hinlänglich bekannten Vorurteile gegen Indexbindungen; einen wissenschaftlich fundierten Beitrag liefert er nicht.

Adolf Ahnefeld

Roskamp, Karl W., and Francesco Forte (Eds.), *Reforms of Tax Systems — Réformes des Systèmes Fiscaux.* Proceedings of the 35th Congress of the International Institute of Public Finance, Taormina 1979. Detroit 1981. Wayne State University Press. XII, 457 S.

Eine Reform des historisch gewachsenen Steuersystems wird in vielen Ländern diskutiert. Wissenschaftliche Untersuchungen dazu existieren in großer Zahl. Neben grundsätzlichen und umfassenden Arbeiten wie etwa dem Meade-Report gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen über wünschenswerte Änderungen von Teilbereichen der Steuersysteme. Zu diesen gehört der vorliegende Konferenzband.

Angesichts der weniger günstigen ökonomischen Entwicklung in den 70er Jahren (geringere Wachstumsraten, hohe Inflationsraten, Energiemangel)

etc.) ging es um die Frage, ob die Steuersysteme in den Ländern der westlichen Welt an diese Veränderungen angepaßt werden müssen. Konkret: Ist es nötig, in der Steuerpolitik den Effizienzaspekt wieder stärker zu berücksichtigen und Gerechtigkeitspostulate hintanzustellen, um so das Wachstum zu fördern? Führt die hohe Steuerbelastung zu einem Abwandern in die Schattenwirtschaft? Sind die Grenzen der Besteuerung erreicht?

Unter dieser umfassenden Fragestellung werden eine Vielzahl von Einzelfragen erörtert. Die Palette der Themen umfaßt u. a. Krise des Steuerstaates, Grenzen der Besteuerung, Probleme der Einkommensmessung, Besteuerung bei Inflation, Steuerprogression und Incentives, Besteuerung der Landwirtschaft, Gewinnbesteuerung und internationale Kapitalbewegungen, Formen und Wirkung der Vermögensbesteuerung, steuerliche Diskriminierung der Frau, Besteuerung spezieller Konsumgüter, Besteuerung des Energieangebots und der Energienachfrage, Untersuchungen zur Umverteilungswirkung von Steuersystemen, aber auch Themen zur Steuerpolitik in Entwicklungsländern und zu den Beziehungen zwischen einzelnen staatlichen Ebenen im Bundesstaat.

Alan Peacock (Fiscal Theory and the „Market“ for Tax Reforms, S. 11–21) untersucht die Charakteristika des Markts, auf dem Vorschläge zur Änderung des Steuersystems nachgefragt und angeboten werden; die Änderung kann sich dabei auf das Steueraufkommen im Verhältnis zum Brutto-sozialprodukt oder auf größere Änderungen in der Struktur des Steueraufkommens beziehen.

Nachfrage nach Steuerreformen mag entstehen, wenn Regierungen oder Oppositionsparteien einen Koordinationsbedarf zwischen politischen Zielen und Mitteln zur Erreichung dieser Ziele sehen, z. B. als Folge geänderter Zielprioritäten oder als Folge geänderter Einschätzungen in Bezug auf die relative Effizienz steuerpolitischer Maßnahmen. Das Angebot an Steuerreformvorschlägen marginaler oder grundlegender Art ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Dazu haben zum einen zunehmende staatliche Interventionen in das Wirtschaftsgeschehen und die wissenschaftliche Analyse der Auswirkungen dieser Interventionen auf die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt beigetragen. Zum anderen spielt die beträchtliche staatliche Subventionierung des Angebots in Form von Forschungsstipendien eine Rolle.

Steuerreformvorschläge beruhen häufig auf den Ergebnissen der „optimal income tax theory“; dabei werden in der Regel relativ restriktive Annahmen zugrunde gelegt. Das alternative Paradigma der modernen Theorie der Besteuerung ist das „exchange-contractarian model“ von Wicksell, Buchanan und anderen; es zeichnet sich dadurch aus, daß eine Steuerreform nicht etwas ist, das dem unwilligen Wähler oktroyiert wird, sondern etwas, das sich in dem demokratischen Prozeß der Entscheidungsbildung durchsetzen muß. Wenn steuerliche Schlupflöcher das Ergebnis eines politischen Entscheidungsprozesses sind, in dem die Wähler Gelegenheit hatten, Alternativen zu bedenken, dann sind sie steuerrechtlich nicht unbedingt als problematisch anzusehen.

Richard Goode referiert über „Limits to Taxation“ (S. 41–54), Grenzen in dem Sinne, daß bei ihrem Überschreiten unerwünschte ökonomische Konsequenzen auftreten. Goode ist der Meinung, daß der Anstieg der Steuerquote in vielen Ländern ein Anzeichen dafür ist, daß sich die Grenzen der Besteuerung nach oben verschoben haben. Dabei habe auch ein internationales Sich-Hinauf-Schaukeln stattgefunden. Die Einschätzung, daß die Besteuerung in vielen Ländern den Grenzwert (im obigen Sinne) überstiegen habe, was sich auch in der Wählerentscheidung gegen Regierungen, die mit hohen Staatsdefiziten und hohen Steuern identifiziert werden, gezeigt habe, teilt er nicht. Damit gibt Goode wohl die herrschende Meinung mindestens der deutschen Finanzwissenschaft wieder. Er tut dies auch insofern, als er die „disincentives“ der Einkommensteuerprogression relativ gering einschätzt, Ansätzen wie „optimal taxation“-Untersuchungen relativ skeptisch gegenübersteht und steuerpolitische Gerechtigkeits- und Umverteilungspostulate stark betont.

John Hicks (The Concept of Income in Relation to Taxation and to Business Management, S. 73–85) analysiert in exzellenter Weise den Einkommens- bzw. Gewinnbegriff. Die Analyse mündet einerseits in die Unterscheidung zwischen einem Gewinn, der im Unternehmen „verdient“ wird, und einem Gewinn, der außerhalb der eigentlichen Unternehmensaktivitäten anfällt („internal“ versus „external profit“), sowie andererseits in die Unterscheidung zwischen einem normalen Gewinn und einem außergewöhnlichen Gewinn. Während den Buchhalter die erste Unterscheidung interessiert, ist das Interesse des Ökonomen auf die zweite Unterscheidung gerichtet. Sie korrespondiert mit der nur subjektiv möglichen Messung dessen, „what can safely be taken out of the business for personal expenditure (or distribution of dividends) and for payment of taxes“ (S. 82). Für die Steuerpolitik bedeutet dies nach Hicks, daß externe und interne Gewinne steuerlich in gleicher Weise behandelt werden müssen.

Bernard P. Herber (Personal Income Tax Reforms and the Interaction Between Budgetary Goals, S. 55–71) berichtet vor allem über zwei Studien zur Steuerreform, den Meade-Report und die Blueprints for Basic Tax Reform des United States Department of the Treasury. Die Verfasser dieser beiden Studien präferieren die „consumption base“ der Besteuerung im Vergleich zur „income base“. Herber dagegen spricht sich aus distributionspolitischen Gründen für das Einkommen als Grundlage der allgemeinen Besteuerung aus. Die Argumente Herbers sind wenig überzeugend, sein Plädoyer beruht im Grunde allein auf einem Werturteil über das, was „gerechte“ Besteuerung ist.

Henri J. Vartiainen (Progressive Income Taxation, Disincentives and Barter, S. 103–119) beschreibt eine Vielzahl von „disincentives“, die von den gegenwärtigen Steuersystemen, insbesondere von der progressiven Einkommensteuer, ausgehen. Die zunehmende Bedeutung des Tausches Ware gegen Ware und die Blüte der Schattenwirtschaft seien die Folge der Schärfe der (progressiven) Einkommensbesteuerung. Er folgert: „The principle of income redistribution by means of taxation is in need of a profound revision“ und

sieht die Notwendigkeit eines „incentive-oriented system of taxation“ (S. 118), das auf lange Sicht allen Bürgern nutze. In die gleiche Richtung zielt Dorothea Strömberg (Success and Failures in Recent Swedish Tax Policy, S. 121—134) mit ihrer Empfehlung, die marginalen Steuersätze zu verringern, den Anstieg der Staatsausgaben zu begrenzen und bisher öffentlich geordnete Bereiche wie das Gesundheits- und Ausbildungswesen zu privatisieren (S. 125).

Peggy B. Musgrave (Women and Taxation, S. 341—354) behandelt die einkommensteuerlichen Diskriminierungen, die in den meisten Ländern dadurch entstehen, daß es einen steuerlichen Anreiz zur Heirat einer Frau ohne Einkommen gibt und daß es steuerliche „disincentives“ für die Erwerbsneigung einer verheirateten Frau gibt. Tatsächlich handelt es sich nicht um eine geschlechtsspezifische Diskriminierung, sondern um eine, die den „Zweitverdiener“, in der Regel also die Frau, trifft. Probleme entstehen dabei auch dadurch, daß der Gegenwert der Arbeit im eigenen Haushalt nicht mit Einkommensteuer belastet wird. „Only individual taxation, differentiated living-cost allowances and inclusion of imputed house-keeping services in combination would resolve the tax problem as it relates to women. But this would be at the cost of the well-founded principle of family-based taxation and an ability-to-pay based rationale for progressive taxation“ (S. 352f.). Dieses Dilemma entsteht bei jeder Art der progressiven Besteuerung (des Einkommens oder der Konsumausgaben). Als eine Art Kompromißlösung befürwortet Musgrave „a package involving inclusion of housework, uniform rates, differential [living-cost] deductions and an allowance for secondary earners“ (S. 353).

Mit Steuern auf die Produktion oder den Verbrauch spezieller Güter befassen sich mehrere Beiträge. Sijbren Cnossen (Specific Issues in Excise Taxation: The Alcohol Problem, S. 269—286) folgert aus zwei empirisch überprüften Hypothesen, der negativen Preiselastizität der Je-Kopf-Nachfrage nach Alkohol und der Abhängigkeit der Zahl der „excessive and problem drinkers“ vom durchschnittlichen Alkoholkonsum, daß das Alkoholproblem über höhere Steuern auf den Alkoholkonsum gemildert werden könne. Trotz dieses Vorschlages ist Cnossen wie der Rezensent der Ansicht: „A healthy soul does not have to live in a dry body“ (S. 285).

Mit dem Problem der Einkommensmessung bei Inflation befaßt sich Vito Tanzi (Inflation Accounting and the Taxation of Capital Gains of Business Enterprises, S. 87—101). Probleme entstehen insbesondere bei der Definition und Messung der „capital gains“. Tanzi beschreibt verschiedene praktizierte Möglichkeiten, capital gains zu definieren, und untersucht ihre Konsequenzen. So sei bei einer Indexierung der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer auch die Passivseite der Unternehmensbilanzen zu berücksichtigen; dies ergebe sich aus einer Definition des Einkommens auf der Basis konstanter Kaufkraft des Geldes. In diesem Falle müsse der Gewinn auch insoweit verringert werden, als der durchschnittliche Kassenbestand wegen des Anstiegs des Preisniveaus eine verringerte Kaufkraft aufweise.

Emil M. Sunley (Taxation and the Regulation of Energy Supply and Consumption, S. 287—295) und Guiseppe M. Sfligiotti (Korreferat zu

Sunley, S. 297—303) behandeln das 1979 wieder aktuell gewordene Problem der Energiebesteuerung. Sunley spricht sich für den Fall, daß staatliche Interventionen auf dem Energiemarkt für erforderlich gehalten werden, für Eingriffe über staatliche Ausgaben und nicht über Steuervergünstigungen aus. Ob er der Ansicht zuneigt, daß Interventionen nötig seien, bleibt offen, wenn er auch Sympathien für Eingriffe zu haben scheint. Einen ziemlich totalen Interventionismus vertritt dagegen Sfligiotti (S. 301). Konkret spricht sich Sfligiotti für Finanzhilfen für Investitionen in die Entdeckung und Ausbeutung neuer Ressourcen im Energiesektor und für staatliche Investitionen in diesem Bereich aus.

Dalrymple *et al.* (Robert Dalrymple, Sheldon Danziger, Victor Halberstadt, Robert Haveman, Floor G. van Herwaarden, Flip de Kam, Eugene Smolensky: Quantitative Aspects of Tax Burdens — Methodology and Appraisal, S. 309—330) berichten über verschiedene Ansätze, die Verteilungswirkungen staatlicher Transfers an Haushalte und der wichtigsten Steuern zu messen. Die vor allem in den USA entwickelten Simulationsmodelle auf der Basis von Mikrodaten beziehen neuerdings auch Verhaltensänderungen wie z. B. Reaktionen des Arbeitsangebots auf Änderungen des Einkommensteuersatzes ein. Dies geschieht freilich (noch) in einer relativ unvollkommenen Weise, weil zu wenig abgesichertes Wissen über die individuellen Verhaltensänderungen verfügbar ist.

In dem Sammelband werden sehr verschiedene steuerpolitische Komplexe behandelt; die Qualität der Beiträge variiert dabei nicht unbeträchtlich. Der Leser, der gehofft hat, eindeutige Antworten auf die in der Einleitung aufgeworfenen und damit zusammenhängenden Fragen zu erhalten, wird aber enttäuscht. Effizienzaspekte werden zwar in vielen Beiträgen in den Vordergrund gestellt, sie werden aber in anderen Beiträgen — ganz im Sinne der traditionellen Finanzwissenschaft — den Umverteilungsvorstellungen der Autoren untergeordnet. So sind die Schlußfolgerungen der einzelnen Autoren durchaus unterschiedlich, in manchen Fällen widersprechen sie sich. Die Argumentation beruht dabei in vielen Beiträgen auf einer schmalen empirischen Basis, in anderen entbehrt sie einer solchen ganz. Empirisch orientierte Arbeiten sind aber unabdingbar, soll die Finanzwissenschaft nicht eine Sammlung von Werturteilen sein, sondern aus bestimmten Zielsetzungen abgeleitete Handlungsanweisungen für die Wirtschaftspolitik geben. Nützlich ist der Konferenzband dennoch für den Leser, der allgemein an Fragen der Steuerreform interessiert ist oder der sich über bestimmte Detailprobleme einen Überblick verschaffen will.

Alfred Boss

Rothschild, Kurt W., Einführung in die Ungleichgewichtstheorie. Heidelberger Taschenbücher, Bd. 212. Berlin, Heidelberg, New York 1981. Springer-Verlag. X, 176 S.

Rothschilds „Einführung in die Ungleichgewichtstheorie“ stellt unter den Lehrbüchern, die derzeit den Markt überfluten, schon insofern eine erfreuliche